

Im Gespräch mit ... Prof. Dr. Hans Brügelmann

Seit über 30 Jahren beschäftigt sich der Bremer Erziehungswissenschaftler und Reformpädagoge Hans Brügelmann mit Fragen der Grundschulpädagogik und -didaktik. Dabei spielen neben der Unterrichts- und Schulentwicklung immer wieder Fragen der Bildungsgerechtigkeit und der Demokratisierung von Schule und Unterricht eine zentrale Rolle. Über diese Themen und ihre Veränderung in Zeiten der Corona-Pandemie haben wir mit ihm ein Gespräch geführt.

Interview: Hans Berkessel | Januar 2021



Zur Person

Von 1980 bis 2012 Professor für **Grundschulpädagogik und -didaktik** an den Universitäten Bremen und Siegen mit den Schwerpunkten: **Schriftspracherwerb** („Kinder auf dem Weg zur Schrift“ 1983, 9. Aufl. 2014, und „Die Schrift erfinden“, mit Brinkmann 1998, 3. Aufl. 2016), **Demokratisierung der Schule** und **Öffnung des Unterrichts** („Öffnung des Anfangsunterrichts“, mit Brinkmann, 2. Aufl. 2009), **Unterrichts- und Schulentwicklung** („Schule verstehen und gestalten“, 2005, und „Bildung gegen Spaltung“, mit von der Groeben u. a. 2020) sowie **Forschungs- und Evaluationsmethoden** in der Pädagogik („Vermessene Schulen – standardisierte Schüler“, 2015). Von 2000 bis 2017 Fachreferent für das Fachreferat „Qualitätsentwicklung“ im Grundschulverband e. V., von 2008 bis 2012 Sprecher des Verbunds der Reformschulen „Blick über den Zaun“.

Bis 2012 waren Sie als Erziehungswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Grundschulpädagogik und -didaktik tätig. Was ist Ihre Bilanz? Wie nahe sind Sie Ihrem Motto „Schule verstehen und gestalten“ gekommen?

Es hat mal jemand gesagt, nur die katholische Kirche sei schwerer zu reformieren als die Schule. Und mein englischer Mentor Lawrence Stenhouse meinte: Ein anspruchsvolles pädagogisches Projekt sei dann erfolgreich, wenn nach zehn Jahren zehn Prozent der Lehrer*innen es konzeptgerecht umsetzen. Daran gemessen waren die inzwischen fast 50 Jahre Reformarbeit seit meiner Zeit als Assistent beim Deutschen Bildungsrat Anfang der 1970er-Jahre nicht erfolglos. Wir haben die

Partizipation der Kinder und Jugendlichen in den Schulen gestärkt, der Unterricht nimmt mehr Rücksicht auf die Unterschiede zwischen den Schüler*innen als früher und ganz konkret: An vielen Orten dürfen Kinder von Anfang an freie Texte darüber schreiben, was ihnen persönlich wichtig ist; so gut sie können. Aber ich habe auch gelernt, dass gute Absichten, kluge Einsichten und durchdachte Vorschläge nicht ausreichen, um die Praxis in der Breite zu entwickeln. Das haben ja auch manche PISA-Gläubigen auf die harte Tour lernen müssen. Gute Praxis ist mehr als die Anwendung guter Forschung. Ich schätze die Leistung der Kolleg*innen in den Schulen und den Eigenwert ihrer Kompetenz gegenüber akademischer Theorie und Empirie heute noch höher als schon früher.

Im Oktober 2017 haben Sie einen Aufruf für einen „Bildungsrat für Bildungsgerechtigkeit“ gestartet; was waren und sind Ihre hauptsächlichen Kritikpunkte am derzeitigen deutschen Bildungssystem?

Wir sind ja eine „Fünfer-Bande“ mit ganz unterschiedlichem Hintergrund: Annemarie von der Groeben und Susanne Thurn aus den von Hentig initiierten Bielefelder Schulprojekten, Renate Nietzsche, frühere Leiterin in einer Hamburger Stadtteilschule, Hilbert Meyer, Professor für Schulpädagogik in Oldenburg, und ich. Wir alle engagieren uns seit vielen Jahren für eine Demokratisierung der Schule im doppelten Sinne: Stärkung der Selbst- und Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Schule und Stärkung der Schule als Integrationskraft in der Gesellschaft. „Eine Schule für alle“, das bedeutet: endlich Ernstmachen mit dem Recht auf Inklusion, wie es die UN-Behindertenrechtskonvention schon 2008 rechtlich verbindlich fixiert hat, und das heißt unter anderem Abschaffung der vielfachen Selektionsmechanismen im System (wie ein Sarkastiker mal gesagt hat: Es gibt nur 16 Schulsysteme auf dieser Erde, in denen die Kinder nach Klasse 4 auf verschiedene Schularten aufgeteilt werden – und 14 davon liegen in Deutschland*). Und darüber hinaus geht es um Ausgleich für sozial bedingte Nachteile, die immer noch viele Schüler*innen in unseren Schulen scheitern lassen, weil sie von zu Hause weniger Startkapital mitbekommen haben als andere und auch die KITAs das nicht ausgleichen können.

* In den Bundesländern Berlin und Brandenburg gibt es sechsjährige Grundschulen.

„Wir alle engagieren uns seit vielen Jahren für eine Demokratisierung der Schule im doppelten Sinne: Stärkung der Selbst- und Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Schule und Stärkung der Schule als Integrationskraft in der Gesellschaft.“

Hans Brügelmann über die Demokratisierung der Schulen



Wodurch unterscheiden sich Ihre Vorstellungen und Zielsetzungen von denen des im Koalitionsvertrag der Großen Koalition 2018 beschlossenen „Nationalen Bildungsrats“?

Das große Thema des geplanten Bildungsrats war „mehr Vergleichbarkeit“ der Abschlüsse. Als ob man die durch rechtliche Regelungen oder einheitliche Tests erreichen könnte! Oder glaubt wirklich jemand, dass die Anzahl der Stunden für Naturwissenschaften oder Fremdsprachen entscheidend dafür sind, wie Schüler*innen sich als Persönlichkeiten entwickeln und selbst welches längerfristig verfügbare Wissen und Können sie aus der Schule mitnehmen? Innerhalb eines jeden Bundeslandes sind solche Eckdaten doch schon heute festgelegt, und trotzdem unterscheiden sich der Unterricht und die Bildungserfahrungen der Schüler*innen von Schule zu Schule, ja oft innerhalb derselben Schule zwischen Klassen mit verschiedenen Lehrer*innen dramatisch.

Nicht die fehlende Vergleichbarkeit der Abschlüsse ist das zentrale Problem unseres Schulsystems, sondern die Ungleichheit in den Bildungsmöglichkeiten. Dass diese nicht naturgegeben sind und „was Politik und Pädagogik konkret tun können“ (so der Untertitel unseres Buches „Bildung gegen Spaltung“), das treibt uns um. Es geht um „positive Diskrimination“: Wir müssen einen Ausgleich schaffen für Schulen, die unter erschwerten Bedingungen arbeiten. Insofern sehen wir uns als Anwälte derjenigen, die sich nicht so gut artikulieren können wie unsere akademisch geschulte Mittelschicht und die nicht über so viele direkte und indirekte Einflussmöglichkeiten verfügen wie unsere ökonomisch und politisch privilegierte Oberschicht.

Und wir brauchen einen umfassenderen Reformansatz als die nach PISA 2000 immer wieder geforderten Unterrichtsreformen. Eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Kinder ist Voraussetzung dafür, dass sie von den Bildungsangeboten von KITA und Schule überhaupt profitieren können. Dafür brauchen wir eine konzertierte Aktion von Familien- und Sozialpolitik, von Stadtentwicklung und Wohnungsbau, von Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik. KITA und Schule allein sind da überfordert.

Sie berufen sich an einigen Stellen auf die „Kinderkommission des Deutschen Bundestages“; können Sie deren Befunde/Erkenntnisse etwas näher erläutern?

Das zentrale Thema des Berichts sind die Kinderarmut, ihre regionale Verteilung und vor allem ihre Folgen für die Betroffenen. Das fängt an bei materiellen Nachteilen und ihren sozialen Nebenwirkungen, betrifft aber auch die Gesundheit der Kinder und vor allem ihre schlechteren Bildungschancen. Ihre Teilhabe an Bildungsmöglichkeiten ist auf allen Stufen im System eingeschränkt: Das beginnt beim Vorlesen und Spielen in der Familie, setzt sich fort mit den geringeren Anregungen in Gruppen mit anderen ebenfalls sozial benachteiligten Kindern in der KITA und zeigt sich erneut in geringerer Unterstützung während der Schulzeit, sei es bei den Hausaufgaben, bei zusätzlicher Nachhilfe oder dem Zugang zu kulturellen Bildungsmöglichkeiten – vor allem aber in der anderen Qualität der informellen Erfahrungen in der Freizeit.

„Nicht die fehlende Vergleichbarkeit der Abschlüsse ist das zentrale Problem unseres Schulsystems, sondern die Ungleichheit in den Bildungsmöglichkeiten.“

Hans Brügelmann über Bildungsgerechtigkeit



Wo besteht nach Ihrer Auffassung der dringendste Reformbedarf, und was sind die notwendigen ersten Schritte für eine grundlegende Veränderung unseres Bildungssystems?

Ich habe ja schon den breiteren Reformansatz genannt, der Bildungspolitik mit anderen Maßnahmen enger verzahnt, und auch die Notwendigkeit der „einen Schule für alle“ – aber nicht als gleichmacherisches Einheitsprogramm, sondern als gemeinsamer Raum für ein Lernen im eigenen Takt, also im Austausch der unterschiedlichen Erfahrungen untereinander. Denn Strukturreformen wie eine längere gemeinsame Schulzeit allein reichen nicht. Aber sie sind die Voraussetzung dafür, dass pädagogische Maßnahmen wirksam werden können. Eine selektionsorientierte Leistungsbeurteilung durch Noten, die an Kinder mit unterschiedlichen Voraussetzungen dieselben Erwartungen zu gleichen Terminen stellt, ist nicht nur unfair, sondern verhindert, dass sie erfolgreich lernen können. Denn das setzt voraus, dass jedes Kind seinen individuell passenden nächsten Schritt tun kann. Den kann nicht die Lehrperson für jedes Kind individuell steuern, aber sie kann einen Rahmen schaffen, in dem die Schüler*innen selbst ihre Aufgaben aus einem sinnvollen Angebot wählen – beraten und unterstützt von den Lehrer*innen und im Austausch mit ihren Mitschüler*innen. Das verstehen wir unter einer „Öffnung des Unterrichts“.

Hat sich die Situation durch die Corona-Pandemie aus Ihrer Sicht noch einmal verändert oder verschärft?

Gerade die Schulschließungen haben gezeigt, wie wichtig Schule als sozialer Raum für alle Kinder ist. In fachlicher Hinsicht leiden besonders die Kinder, die zu Hause keinen ruhigen Arbeitsplatz, keine verlässliche Tagesstruktur, kein volles Bücherregal, schnellen Internetanschluss und keine „Ersatzlehrer*innen“ als Eltern haben. Insofern hat Corona wie durch ein Brennglas gezeigt, wie tief die Probleme unseres Bildungssystems sitzen.

„Insofern hat Corona wie durch ein Brennglas gezeigt, wie tief die Probleme unseres Bildungssystems sitzen.“

Hans Brügelmann über die Auswirkungen der Corona-Pandemie



Skizzieren Sie bitte kurz die Unterstützungsstrukturen und den Kreis der Mitstreiter*innen Ihres Aufrufs und ziehen Sie eine Zwischenbilanz des bisher Erreichten.

Unsere Petition „Bildungsrat für Bildungsgerechtigkeit“ (<http://www.bildungsrat-fuer-bildungsgerechtigkeit.de/>) hat zwar über 7.000 Unterstützer*innen gewonnen, aber bei den Adressaten Bundesregierung und Kultusministerkonferenz keine ernsthafte Resonanz gefunden. Der geplante „Nationale Bildungsrat“ ist ja schon bald in der Versenkung verschwunden. Stattdessen hat die KMK eine „Ständige wissenschaftliche Kommission“ beschlossen. Ihr sollen 16 Expert*innen angehören, „(...) die über exzellente Expertise im Bereich der deutschen und internationalen Bildungsforschung verfügen“. Aber Expert*innen-Räte gibt es ja nun schon seit Jahrzehnten. Was soll da Neues kommen? Und selbst die vorliegenden Empfehlungen spielen in der Politik nur eine begrenzte Rolle. Vor allem aber: Es geht doch nicht nur um Einsicht in die komplizierte Wirkungsweise unseres Bildungssystems, sondern auch um pädagogische Haltungen und damit um Wertfragen: Wie sollen unsere Kinder und Jugendlichen heute aufwachsen? Und es geht um konkurrierende Interessen, konkret darum, wie Ressourcen verteilt werden sollen. Über solche normativen Fragen und finanziellen Prioritäten sollen allein Wissenschaftler*innen entscheiden?

Aber was wäre die Alternative?

Wir brauchen die Expertise der Praxis und wir brauchen einen repräsentativen Blick auf den Bildungsalltag aus der Sicht der Betroffenen. Deshalb sind wir so dankbar,

dass die „Montag Stiftung Denkwerkstatt“ in Bonn eine Initiative gestartet hat für einen „Bürgerrat Bildung und Lernen“. Wer jetzt lamentiert „Was soll denn noch so ein Gremium?“, sollte zuerst einmal auf die Website www.buergerrat-bildung-lernen.de gehen und sich das Konzept ansehen: kein Wissenschaftsclub, keine Verbandsvertreter-Versammlung, sondern durch Los bestimmte Bürger*innen, also ein Querschnitt der Bevölkerung, werden eingeladen, darüber zu beraten, wie sich unser Bildungssystem weiter entwickeln soll. Vorbereitet wird dieser Bürgerrat durch Online-Befragungen, über die jede und jeder von uns seine Themen, Anregungen und Forderungen einbringen kann.

Was dieser Bürgerrat letztlich bewirken kann, weiß heute niemand. Aber Erfahrungen in anderen Ländern, z. B. zu Themen wie „Strafbarkeit von Abtreibung!“ und „Ehe für alle“ in Irland oder zur Klimapolitik in Frankreich zeigen, dass Bürgerräte öffentlichen Druck und damit harte Begründungszwänge für die Politik erzeugen können. Und wenn ein Bürgerrat „Bildung und Lernen“ über die handfesten Lebenserfahrungen der Beteiligten neue Blicke auf den Bildungsalltag und seine Schwächen eröffnet, wird das der Bildungsdebatte auf jeden Fall gut tun.

„Philosoph*innen können lange darüber streiten, wann eine Gesellschaft „gerecht“ ist. Aber dass unser Bildungssystem ungerecht ist, das wird niemand bestreiten.“

Hans Brügelmann über Gerechtigkeit im Bildungssystem



Sie haben jetzt unter dem Titel „Bildung gegen Spaltung“ eine Streitschrift vorgelegt; was sind die Ziele und Perspektiven dieser Publikation aus Ihrer Sicht?

In der Tat kann man sich fragen: Verändern Bücher die Wirklichkeit? Aber nachdem unsere Petition bei den zuständigen politischen Instanzen keine Aktivitäten ausgelöst hatte, fühlten wir uns zumindest gegenüber den Unterzeichner*innen verpflichtet zu konkretisieren, was jede und jeder von uns tun kann, um die Situation zu verbessern. Denn uns war wichtig, nicht den Schwarzen Peter irgendeinem anderen Rollenträger zuzuschieben, sondern deutlich zu machen, „was Politik und Pädagogik konkret tun

können“. Wir müssen auf allen Ebenen parallel aktiv werden, und jede und jeder muss am eigenen Platz anfangen, aber sich eben auch Verbündete im Umfeld suchen. Ich habe meinen Studierenden immer gesagt: Das eine ist, dass ihr versucht, gute Lehrer*innen zu sein. Aber das könnt ihr umso besser, je besser auch die Rahmenbedingungen sind. Darum seid ihr als Bürger*innen dieses Landes auch verpflichtet, euch mit eurem Wissen über die Bedeutung guter Bildung politisch zu engagieren: in Gewerkschaften, Verbänden und Parteien.

Philosoph*innen können lange darüber streiten, wann eine Gesellschaft „gerecht“ ist. Aber dass unser Bildungssystem ungerecht ist, das wird niemand bestreiten. Wenigstens die schlimmsten Ungerechtigkeiten anzugehen, das ist unsere Aufgabe. Und da sehe ich auch die große Chance des „Bürgerrats für Bildung und Lernen“: Alle können mitmachen, alle können ihren Beitrag leisten. Anregungen zu bieten dafür, was man schon heute, aber auch auf lange Sicht in vielen kleinen Schritten verbessern kann – das war und ist unser Ziel mit der Streitschrift.



Brügelmann, Hans et al.: Bildung gegen Spaltung. Eine Streitschrift, Frankfurt am Main 2020.